

Allianz für „Sozial-ökologische Wege aus der Corona-Krise in Hamburg“ begrüßt Koalitionsvereinbarung – trotz vieler Fragezeichen

Hamburg, 09. Juli 2020

Klärung und Transparenz im Dialog herstellen

Die aus Anlass der Corona-Krise gebildete Allianz von 18 Organisationen der Hamburger Sozial-, Klimaschutz- und Ökobewegung sieht in der Koalitionsvereinbarung von SPD und Grünen Chancen für einen sozial-ökologischen Umbau Hamburgs. Es gibt bereits eine Vielzahl qualifizierter Stellungnahmen aus der Hamburger Zivilgesellschaft zum Koalitionsvertrag. Mit dieser Stellungnahme möchten wir gemeinsame Positionen der Zivilgesellschaft darstellen. Dabei liegt unser Fokus auf Konjunkturimpulsen, die nach der Corona Krise die sozial-ökologischen Wege in Hamburg stärken sollen.

Die Koalitionsvereinbarung nennt ein ambitioniertes Ziel, das wir unterstützen: „Zukunftsstadt“ Hamburg. Konkret: „Zukunftsstädte sind soziale, klimafreundliche, ressourceneffiziente, saubere und leise Städte, die die Geschlechtergerechtigkeit im Blick haben“. Eine solidarische Stadt sorgt für die uneingeschränkte Teilhabe ihrer Bürger*innen.

Angesichts der Corona-Krise verspricht die Koalition: „Wir werden mit starken Konjunkturmaßnahmen die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, Arbeit und Beschäftigung stärken und gleichzeitig Innovation und Digitalisierung, eine saubere Energie- und Mobilitätswende sowie wirksamen Klimaschutz fördern“ (S. 13).

Die Koalitionsvereinbarung liest sich über lange Passagen wie ein „Wunschzettel“, in dem SPD und Grüne das gegenseitig akzeptierbare festgehalten haben. Aber dann kommt der Finanzierungsvorbehalt, „dass die Stadt ihre finanzpolitische Handlungsfähigkeit langfristig sicherstellen und die krisenbedingte Neuverschuldung daher planmäßig wieder zurückführen muss“ (S. 13). Dies könne auch bedeuten, „dass bereits geplante, aber nachrangige Vorhaben aufgegeben oder erst zu einem späteren Zeitpunkt umgesetzt werden“. Welche das sind – darüber schweigt der Koalitionsvertrag sich aus. Stattdessen werden viele zusätzliche Projekte und Programme aufgelistet.

In der Stadtpolitik der kommenden Jahre wird es also immer wieder darum gehen, welche die Prioritäten sind – und dies wird sich an ihrer Finanzierung festmachen.

Es ist nachvollziehbar, dass zum Zeitpunkt der Erarbeitung des Koalitionsvertrages viele Faktoren, die die zukünftig verfügbaren Finanzressourcen bestimmen, nicht absehbar waren. Sie werden sich erst im weiteren Verlauf der Pandemie, in Abhängigkeit von der Dauer und Tiefe der Wirtschaftskrise – mit der Folge städtischer Mehrausgaben und Mindereinnahmen – herauskristallisieren und auch dadurch beeinflusst, wie erfolgreich Hamburg an bundesweiten und europäischen Förderprogrammen teilnimmt.

Deshalb fordert die Allianz den Senat dazu auf, im fortlaufenden Dialog auch mit der Zivilgesellschaft Transparenz über Prioritäten und deren Finanzierung herzustellen!

Was wird die Haushaltsfortschreibung 2020 konkret beinhalten? Welche Prioritäten werden mit dem in den nächsten Monaten aufzustellenden Haushaltsplan 2021/2022 verfolgt?

Ausgehend von unseren Vorschlägen für „Sozial-ökologische Wege aus der Corona-Krise in Hamburg“ (link: https://www.zukunftsrat.de/fileadmin/pdf/aktuelles/Sozial-ökologische_Wege_aus_der_Corona-Krise_in_Hamburg.pdf), kommentieren wir im Folgenden beispielhaft einige Vorhaben der Koalition:

Corona-Hilfen mit Kriterien der sozialen und ökologischen Nachhaltigkeit verknüpfen

Der Senat hat die bundesweiten Schutzschirmprogramme mit eigenen Mitteln aufgestockt. Das begrüßen wir. Gleichzeitig beobachten wir, wie insbesondere Frauen, prekär und Teilzeitbeschäftigte in großer Zahl durch die Raster fallen und zunehmend selbständig Berufstätige, Beschäftigte im Sozial-, Kultur- und Freizeitsektor und im Bereich der Gastronomie in Existenznöte geraten.

In Folge der Corona-Krise nehmen die sozialen Verwerfungen in der Stadt zu. Dem muss entgegengesteuert werden.

Dabei kann es unseres Erachtens nicht einfach um den bloßen Erhalt von Arbeitsplätzen gehen. Staatliche Unterstützung können nur Unternehmen erhalten, die für eine soziale und ökologische Zukunft stehen. Das ist ein zwingendes Kriterium für die Auswahl. Auf keinen Fall dürfen Unternehmen bzw. Institutionen unterstützt werden, die weiterhin umweltschädlich und unsozial handeln und produzieren. Öffentliche Bürgschaften und Unterstützungen müssen in jedem Fall den notwendigen Strukturwandel in Richtung einer nachhaltigen Wirtschaft und einer sozial gerechten Gesellschaft als Voraussetzung haben. Städtische Mittel sollen den von Arbeitslosigkeit bedrohten Beschäftigten und Arbeitslosen Zukunftsperspektiven eröffnen. Dazu gehören neben der Sicherung von Arbeitsplätzen, die Entwicklung eines sozialen Arbeitsmarktes, Weiterbildungsangebote sowie Möglichkeiten zur beruflichen Neuorientierung.

Alle finanziellen Mittel, die im Zuge der Corona-Krise zum Einsatz kommen, müssen tatsächlich geschlechtergerecht verwendet werden. Wir begrüßen, dass künftig nach den Grundsätzen der geschlechtergerechten Haushaltssteuerung die Verteilung der Haushaltsmittel daraufhin beleuchtet werden sollen, welche Auswirkungen haushaltspolitische Entscheidungen auf den Grundsatz der Gleichbehandlung von Frauen und Männern haben. Doch bei Corona-Hilfen, die jetzt zum Einsatz kommen, muss sichergestellt sein, dass sie die Ungleichbehandlung der Geschlechter nicht weiter verstärken.

Stärkung der Daseinsvorsorge und sozialer Ausgleich für die Gesellschaft lebensnotwendig

In der Corona-Krise haben wir erlebt, dass „systemrelevant“ eine gänzlich andere Bedeutung gewann, als in der Finanzkrise 2008/09 geprägt. Wir begrüßen, dass der Senat den Lohnzuschlag des Bundes für Pflegekräfte aus städtischen Mitteln erhöht hat. Es ist auch richtig, den öffentlichen Gesundheitsdienst auszuweiten und besser auszustatten. Aber unser Beifall von den Balkonen für die Beschäftigten im Gesundheits- und Pflegebereich ist mit weitergehenden Vorstellungen verbunden. Ob der Profitorientierung in privatisierten Krankenhäusern mit zusätzlichen Vorgaben für Personal- und technische Ausstattung beizukommen ist, bezweifeln wir. Der Zusammenlegung der Behörde für Gesundheit mit der Behörde für Soziales kommt in diesem Zusammenhang "negative Symbolkraft" zu und ist deswegen bedauerlich. Zu wenig in den Blick genommen werden auch diejenigen, die

unbezahlt die Pflege von Angehörigen übernehmen und damit staatliche Akteurinnen entlasten.

Die Koalition erwähnt den sozialen Ausgleich als eine ihrer Aufgaben. Dennoch gilt für alle essentiellen Programme und Projekte für den gesellschaftlichen Zusammenhalt von vorneherein der Finanzierungsvorbehalt. Und für die Ärmsten der Armen gibt es erkennbar wenig Fürsprache in der Koalition. Konkrete Aussagen über bessere Standards in der öffentlich-rechtlichen Unterbringung fehlen genauso wie substantielle Maßnahmen zur Bekämpfung von Obdachlosigkeit, zur Stärkung des Flüchtlingsschutzes oder eine offener Bewilligungspraxis der Jobcenter bei Mehrbedarfsanträgen. Eine auf Nachhaltigkeit und sozial-ökologische Transformation ausgerichtete Politik braucht Investitionen in eine armutsfeste Existenzsicherung für alle.

Die Allianz begrüßt die Pläne, dass beim Wohnungsbau, insbesondere auch in nachgefragten Lagen bis zu 50% Sozialwohnungen entstehen und öffentliche Grundstücke „wesentlich stärker“ nach Erbbaurecht vergeben werden sollen. Den Menschen, die jetzt und heute als Dringlichkeitsscheinbesitzer*innen eine Wohnung brauchen, ist damit allerdings nicht geholfen.

Umso enttäuschender ist es, dass es keinerlei konkrete Maßnahmen gibt, um der akuten Wohnungsnot dieser 12.000 Haushalte in Hamburg auch nur im Ansatz entgegenzutreten. Insgesamt braucht es eine Stadtentwicklungspolitik, die den Flächenverbrauch deutlich und kurzfristig reduziert.

Die Einführung des verbilligten Job-Starter-Tickets beim HVV und das kostenlose Schüler*innen-Ticket wurden lange gefordert, erreichen aber in vielen Fällen nicht die wirklich Bedürftigen. Wir setzen uns deswegen für ein kostenfreies Ticket für alle bedürftigen Menschen in Hamburg ein. Für deren Teilhabe am gesellschaftlichen Leben sind darüber hinaus Zuschüsse für die Beteiligung am gesellschaftlich-kulturellen Leben und Sport erforderlich.

Klimapolitik und Umbau der Wirtschaft mit einem großen Versprechen

Bei der Wärmewende im Fernwärmenetz bis 2030 fehlt ein verbindliches Abschaltdatum des KoHKW Wedel und ein Konzept mit Potentialen zur Kohlevermeidung, die dem vereinbarten Reduktionspfad des Kohleausstiegsgesetzes gerecht wird.

Bei den bisher bekannten Ideen zur Umrüstung des Kohlekraftwerk Moorburg ist die Klimaschonung fraglich. Der Ersatz der Kohleverfeuerung durch fossiles Erdgas ist abzulehnen. Die Pläne für einen Elektrolyseur am gleichen Standort ergeben nur Sinn, wenn **von Anfang an** zu 100% grüner Wasserstoff erzeugt wird. Insgesamt sind diese Eckpunkte aus dem Koalitionsvertrag bisher nicht mit belastbaren Konzepten hinterlegt. Dies muss umgehend nachgeholt werden.

Klimaschutz und ein deutlich vor 2050 klimaneutrales Hamburg wird nur zu erreichen sein, wenn auch die Mobilitätswende umgesetzt wird. Die Allianz begrüßt daher grundsätzlich eine Ausbau- und Angebotsoffensive des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV). Eine echte Verkehrswende muss beinhalten, dass sich alle die Fahrten mit dem ÖPNV auch leisten können, um die Teilhabe an der Gesellschaft zu sichern.

Allerdings sehen wir bei der Umsetzung der Mobilitätswende Probleme und falsche Prioritäten. Der Bau einer neuen U-Bahn (U5) ist für das Gemeinwesen wesentlich teurer als beispielsweise eine moderne Straßenbahn und verlangsamt die Mobilitätswende hin zum ÖPNV und Fahrrad. Der oberirdische Platz ist begrenzt. Er ist bislang vorrangig für den motorisierten Individualverkehr entwickelt worden und muss dringend zu dessen Lasten neu aufgeteilt werden. Es ist irritierend, dass die Koalitionäre keine Sofortmaßnahmen suchen, um den größeren Platzbedarf zu decken, der auf Straßen und Plätzen für Fahrradfahrer*innen und (aufgrund der aktuellen Situation) für Abstand-haltende Passanten sowie für Gastronomie auf Trottoirs notwendig ist. Berlin, Brüssel, London und Paris machen das bereits vor. Für eine Mobilitätswende muss die Begeisterung der vielen Beteiligten geweckt werden, um Hindernisse in einem Klima von gegenseitigem Verständnis, Kooperation und Solidarität zu überwinden.

Wir vermissen im Koalitionsvertrag eine andere wesentliche Konsequenz aus der Corona-Erfahrung, nämlich Maßnahmen zur Stärkung der Resilienz der Wirtschaft und von Versorgungssicherheit durch Verkürzung von Lieferketten und eine forcierte Entwicklung regionaler Wirtschaftskreisläufe.

Wir begrüßen, dass der Bio-Landbau auf 20 – 25% der landwirtschaftlichen Nutzfläche ausgeweitet werden soll. Allerdings vermissen wir, dass es keine ambitionierten und quantifizierten Ziele für den Bio-Anteil in der Gemeinschaftsverpflegung von Kitas, Schulen und öffentlichen Kantinen gibt, die Hamburg auf den Weg zur Bio-Stadt bringen. In diesen Bereichen ist die Koalitionsvereinbarung zu halbherzig und dafür lassen sich noch viele Beispiele finden. So kommt der Begriff Kreislaufwirtschaft im Kapitel über Innovationsförderung überhaupt nicht vor!

Durch die Einrichtung einer besonderen Senatskommission für Klimaschutz und Mobilitätswende unter Vorsitz des Ersten Bürgermeisters werden diese Ziele zur Chefsache erklärt. Das kann hilfreich sein, um doch noch die schnellsten Wege zur „Zukunftsstadt“ Hamburg zu finden.

Paradigmenwechsel erforderlich

Dem Koalitionsvertrag liegt die Annahme und Zielsetzung der baldigen Rückkehr zu einem mehr oder minder grünen Wachstum zugrunde. Eine wachsende Zahl ernstzunehmender Wissenschaftler*innen stellt in Frage, ob es dazu kommen wird – oder sogar ob es im Sinne von Nachhaltigkeit und dem Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen der Menschheit überhaupt wünschenswert ist.

Damit käme das bisher vorherrschende Politikmodell an sein Ende, in dem jahrzehntelang die erforderliche Anpassung der Wirtschafts- und Lebensweise an planetare Grenzen hinausgezögert und häufig ökologische Investitionen gegen soziale Belange ausgespielt wurden. Im Ergebnis benötigen wir fast drei Erden (ökologischer Fußabdruck). Es ist eine Verteilungsgerechtigkeit entstanden, die vielen Menschen das Gefühl gibt, nicht dazu zu gehören.

Notwendig ist es daher, den sozialen Zusammenhalt in der Stadt zu stärken und die gleichberechtigte Teilhabe von allen Menschen am gesellschaftlichen Leben mittels sozialen Ausgleichs sicherzustellen. Um dies zu erreichen, ist eine ressort- und behördenübergreifende Strategie zur Verhinderung und Bekämpfung von Armut notwendig. Voraussetzung ist

eine starke Soziale Infrastruktur. Angebote der sozialen Unterstützung, Beratung und Förderung sind zu erhalten und auszubauen sowie auskömmlich finanziell und personell auszustatten. Diese sollten nach dem Vorbild von München auch in Form von sozialraumbezogenen Zentren umgesetzt werden.

Sollte die Stadt mit dauerhaft niedrigeren Ressourcen rechnen müssen, werden zur Verfolgung der im Koalitionsvertrag vereinbarten Ziele, Schritte der Umverteilung von oben nach unten, möglicherweise etwa eine Abgabe auf große Vermögen zur Finanzierung des Umbaus o.ä. erforderlich sein.

Die Allianz empfiehlt der Koalition, die wirtschaftlichen Grundlagen einiger ihrer Großprojekte im Lichte der globalen Entwicklungen auf den Prüfstand zu stellen (Hyperglobalisierung, Verkürzung von Lieferketten, Digitalisierung). Der noch immer gültige offizielle Hafenentwicklungsplan aus dem Jahre 2012 prognostiziert ein völlig unrealistisches Umschlagvolumen von 25 Mio TEU bis 2025. Diese Annahmen stellen aber immer noch die Begründung für die umstrittene Autobahn A 26-Ost und die ökologisch hochproblematische Elbvertiefung. Beide Projekte kosten den Steuerzahler mehr als 2,5 Mrd. Euro und sind aus heutiger Sicht nicht mehr zu rechtfertigen. Die Allianz begrüßt die Neuaufstellung des Hafenentwicklungsplans. Dieser muss dann aber auch den notwendigen sozial-ökologischen Umbau der Wirtschaft abbilden und die Grenzen des Wachstums eines innerstädtischen Hafens anerkennen.

Bürger*innenbeteiligung für die Klärung der Entwicklungsrichtung und Prioritäten

Die Koalitionsvereinbarung zählt eine beträchtliche Zahl von fortzuführenden Beiräten, Stadtwerkstätten, Dialogen und anderen Formen der Bürger*innenbeteiligung auf. Die Allianz begrüßt ernstgemeinte Möglichkeiten der Mitwirkung der Stadtgesellschaft. Reines Akzeptanzmanagement hindert Vertrauensbildung. Wir beteiligen uns gern an der vorgesehenen Prüfung einer digitalen Bürger*innenplattform – wir haben die positiven Erfahrungen mit der in Madrid entwickelten Plattform ‚Consul‘ schon zur Diskussion gestellt. Dialogforen sollten möglichst divers und geschlechtergerecht zusammengesetzt sein, sodass eine Beteiligung von Menschen aus allen sozialen Schichten, familiären und beruflichen Situationen und Stadtteilen einbezogen werden. Sie müssen ausreichend mit Mitteln ausgestattet sein, um professionelle Moderation und sorgfältige Organisation zu ermöglichen.

Darüber hinaus ist es unseres Erachtens, angesichts der beschriebenen grundsätzlichen Herausforderungen, erforderlich einen breit angelegten Zukunftsdiskurs in der Stadt zu führen.

Die Hamburger Verfassung sieht Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheide als weitere Formen der Mitwirkung vor, die zwischen den Wahlen die repräsentative Demokratie ergänzen. Wir erinnern an den Volksentscheid zum Rückkauf der Netze. Damit wurde die Welle der neoliberal motivierten Privatisierungen öffentlichen Eigentums gestoppt. Für die Beschleunigung der dringenden sozial-ökologischen Transformation könnten sich diese Formen der Ausübung von Volkssouveränität erneut aufdrängen.

Die Allianz der 18 Organisationen aus Sozial- und Ökobewegung erneuert ihr Dialogangebot an die Senatskoalition. Ein ‚Zurück in die Vergangenheit‘ – vor Corona – ist dabei kein

Versprechen für die Zukunft. Krisenzeiten können auch Zeiten des Aufbruchs zu neuen Ufern werden. Das gilt es zu nutzen.

Die Unterzeichnenden:

